

Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Jeden
Tag neu.

Online
Nr. 746

11. Sept 26
36. Jahrg.

Die Linke

Barnim

Rüstungsexporte nach Israel sind stark gestiegen

Anfrage der Bundestagsfraktion der LINKEN an die Bundesregierung:
Wieviel Rüstungsexporte von Deutschland nach Israel wurden genehmigt?



Der Export von Rüstungsgütern nach Israel im Wert von rund 736 Millionen Euro wurde im 2. Quartal 2026 von der Bundesregierung genehmigt. Knapp 500 Millionen davon soll ein U-Boot ausmachen.

Grafik: Pixabay

Die Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Israel im Wert von rund 735,76 Millionen Euro genehmigte die Bundesregierung zwischen dem 1. April und dem 30. Juni 2026. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der LINKEN im Bundestag hervor.

Danach entfielen rund 67 Prozent des Genehmigungswertes auf ein Großprojekt im maritimen Rüstungsbereich, weitere rund 21 Prozent der Ausfuhrgenehmigungen auf die Kooperation deutscher und israelischer Firmen im Interesse der Bundeswehr, heißt es in der Antwort. Der verbleibende Wert verteile sich auf Genehmigungen für sonstige Rüstungsgüter, jedoch auf keine Kriegswaffen, so dokumentiert es die Webseite des Deutschen Bundestages. Nach Angaben des „Spie-

gel“ soll es sich beim „maritimen Großprojekt“ um die Lieferung eines U-Bootes handeln. Es würde rein rechnerisch damit mit knapp 500 Millionen Euro zu Buche schlagen.

Damit bleiben immer noch rund 235 Millionen Euro für weitere Rüstungsgüter. Das ist deutlich mehr als im Jahr 2025. Nach Angaben des „Spiegel“ wurden im letzten Jahr Rüstungsgüter nach Israel im Wert von rund 201 Millionen Euro durch die Bundesregierung genehmigt.

Die Linke hatte nach weiteren zahlreichen Details gefragt, zum Beispiel, ob die Bundesregierung Kenntnis davon hat, ob aus Deutschland ausgeführte Kriegswaffen oder Rüstungsgüter durch die israelischen Streitkräfte in Gaza oder den übrigen palästinensischen Gebieten eingesetzt werden. Hier

verwies das zuständige Ministerium für Wirtschaft und Energie jedoch darauf, dass nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 2014 Auskünfte verweigert werden können, wenn sie das Staatswohl gefährden.

Bundeskanzler Friedrich Merz hatte im August 2025 erklärt, dass Rüstungsexporte nach Israel nicht mehr genehmigt werden, wenn die entsprechenden Güter im Gaza-Streifen eingesetzt werden könnten. Im November 2025 allerdings wurde der Export-Stopp wieder aufgehoben. Und gestern ging vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag die mündliche Anhörung zu Ende in einem Verfahren, in dem Deutschland wegen seiner Waffenexporte nach Israel angeklagt ist. bc

nächste Online-Ausgabe am 12. September

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Barnimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.
Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de
Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429
Verwendungszweck: Spende OW.